



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/I/34 - 9. Februar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Man spricht wieder von "Europa"</u> Zum Treffen Adenauer-de Gaulle	48
2	<u>Weniger reden, mehr handeln</u> Zur Wiener Rede des Bundeswirtschaftsministers Erhard	23
3	<u>Plant Etzel eine neue Finanzverfassung?</u> Im Hintergrund Gefahren neuer Steuererhöhungen	33
4 - 5	<u>Sportler in der Politik?</u> Eine zeitgenössische Betrachtung Von Horst Seefeld	96
6 - 7	<u>Die Hungersnot in China</u> Folgen verfehlter Agrarpolitik Von Erwin Erasmus Koch	74

* * *

Zur Beachtung: Wir veröffentlichen in unserer nächsten Ausgabe aus Anlass der 10-jährigen Wiederkehr des Todes von Dr. Hans Böckler einen Gedenk-Artikel des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich O l l e n h e u e r.

Hans Böcklers Werk wird fortgesetzt!

* * * * *

Man spricht wieder von "Europa"

Zum Treffen Adenauer - de Gaulle

G.M. - Die offizielle französische Politik scheint davon überzeugt zu sein, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer im Augenblick geneigt ist, den Europa-Plänen des Staatspräsidenten de Gaulle in einem gewissen Ausmaße zuzustimmen. Bonner Vorbehalte gegenüber militärpolitischen Absichten des französischen Staatspräsidenten werden nicht ernstgenommen und nur insofern berücksichtigt, als auch Paris nicht beabsichtigt, die neue amerikanische Regierung zu verprellen. Es bleibt die Vorstellung übrig, daß man durch eine Koordination politischer Art auf der Grundlage des Europa der Sechs Voraussetzungen für die größere Selbständigkeit einer europäischen Koalition schaffen kann. Hierbei ist interessant, daß Adenauer - ebenso wie de Gaulle - mit dem Gedanken zu spielen scheint, Europa müsse in der nächsten Runde amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen über die Entspannung der Weltsituation ein größeres Gewicht als bisher in die Waagschale werfen können...

Im Bonner Auswärtigen Amt verwehrt man sich selbstverständlich gegen derartige Unterstellungen und deutet an, man habe die früher geäußerte Reserve gegenüber den Plänen de Gaulles durchaus nicht aufgegeben. Diese Version widerspricht allerdings allen Verlautbarungen, die im Pariser Außenministerium vor dem Treffen de Gaulle - Adenauer bekanntgeworden sind.

So undurchsichtig im Augenblick der ganze zwischen Paris und Bonn zu besprechende Fragenkomplex sein mag, so deutlich zeichnet sich andererseits bei den europäischen Staaten außerhalb der Sechser-Gemeinschaft das Bestreben ab, den amerikanischen Wünschen nach einer Näherücken von EWG und EFTA entgegenzukommen. Es wäre unter diesen Umständen eine gute Sache, wenn die offizielle Bonner Politik es sich angelegen sein lassen würde, eine aktivere Mittlerrolle zwischen EWG und EFTA zu spielen.

Hier scheinen sich jedoch nicht nur innerhalb des Bundeskabinetts Meinungsverschiedenheiten vertieft zu haben, sondern auch in der Regierungspartei CDU/CSU selbst. Die Gruppe der Kleineuropäer ist in den letzten Tagen sehr aktiv gewesen und hat dem Bundeskanzler nahegelegt, die Konföderationspläne de Gaulles nicht abzulehnen. Hierbei spielen Abgeordnete wie Dr. Jäger (CSU) eine nicht unwesentliche Rolle. Es ist bekanntgeworden, daß man in diesem Kreis eine Abkühlung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses erwartet und jetzt mit dem Gedanken spielt, - ein Gedanke, der übrigens nicht neu ist - das Europa der Sechs mit

einem eigenen und kräftigen wirtschaftlichen sowie militärischen Dispositiv in der internationalen Politik wirksam werden zu lassen.

Natürlich wird das alles bei den in Paris zu erwartenden Vereinbarungen nicht so klar zum Ausdruck kommen, wie es hier angedeutet wurde. So richtig es ist, wenn seit Jahren gesagt wird, das gute deutsch-französische Verhältnis sei die Grundlage einer guten europäischen Politik, so richtig ist es aber auch, wenn diese Politik nicht auf Kosten einer Abkühlung des europäisch-amerikanischen Verhältnisses entwickelt wird. Wir hoffen, dass man dies alles beim Auswärtigen Amt in Bonn und im Bundeskanzleramt klar erkennt. Die nächste Runde der grossen internationalen Verhandlungen wird für Deutschland und Berlin nur dann Positives enthalten können, wenn das europäisch-amerikanische Verhältnis ungetrübt bleibt.

+ + +

Weniger reden, mehr handeln

sp - Bundeswirtschaftsminister Erhard ist kein besonderer Freund der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). So lange sie noch nicht beschlossen war, hat er Schalen von Spott und Hohn über sie ausgegossen. Seine skeptische Haltung hat sich auch im Laufe der Jahre nicht geändert, ihre Ursache liegt in seiner grundsätzlichen Abneigung gegen jede Art von Ordnung in der Wirtschaft. Erhard sieht freilich auch die Gefahren, die für das freie Europa in der Bildung zweier einander befehdender Wirtschaftsblöcke bestehen. In der Tat ist das nichtkommunistische Europa schon gespalten (in EWG und EFTA), und alle Versuche, den berühmten Brückenschlag zu finden, sind bisher gescheitert. Hier drohen der Solidarität der westlichen Nationen noch unübersichtbare Gefahren. Bundeswirtschaftsminister und designierter Kanzlernachfolger Erhard hat einen Blick dafür; er lässt es leider aber nur bei Worten bewenden. So auch in seiner letzten Rede vor der österreichischen Industriellenvereinigung in Wien. Für ihn ist die Überwindung der handelspolitischen Spaltung eine Frage des politischen Willens, es gebe zwar keine Patentlösung, "man soll mir aber nicht sagen, dass eine Lösung nicht zu finden ist". Wer sagt ihm denn, dass eine Lösung nicht zu finden sei? Etwa der Bundeskanzler oder mächtige Interessentenverbände? Vor den Wiener Industriellen hörten sich seine wohlgesetzten Worte gewiss recht gut an, aber ihnen fehlt jeder politische Nutzwert. Der Wille, den er bei anderen vermisst, ist zwar bei ihm vorhanden, aber es fehlt ihm die Kraft, ihn in die Wirklichkeit umzusetzen. Von diesem Minister ist eine auf ganz Europa bezogene Politik nicht zu erwarten.

+ + +

Plant Etszel eine neue Finanzverfassung ?

sp - Was Etszels Staatssekretär Kettlage bei der Beantwortung einer großen Anfrage der SPD im Bundestag nur leicht andeutete, fordert jetzt das Bonner Institut Finanzen und Steuern ganz offen: Eine neue Finanzverfassung. Die entsprechende Änderung des Abschnitts Finanzwesen im Grundgesetz soll noch in dieser Wahlperiode in Angriff genommen werden.

Dieses Institut, das die Finanzpolitik Etszels "am Rande des Defizits" mit mehrfach recht zweifelhafter Beweisführung unterstützt, leistet hierfür dem Bundesfinanzminister wertvolle Vorarbeiten. In einer neuen Veröffentlichung wird auf die unterschiedliche Entwicklung des Steueraufkommens bei Bund, Ländern und Gemeinden seit 1955 hingewiesen. Die Länder- und Gemeindesteuern seien unverhältnismäßig stärker gewachsen als beim Bund. Dagegen hätten sich die Ausgaben im gleichen Zeitraum entgegengesetzt entwickelt. Die Bundeslasten seien wesentlich mehr gestiegen als diejenigen der Länder und Gemeinden.

Das mag objektiv richtig sein, daraus aber die Folgerung zu ziehen, daß die jetzige Finanzverfassung versagt habe, ist allzu billig. Versagt hat höchstens der Bundesfinanzminister oder die Bundesregierung, die es zu diesem Mißverhältnis hat kommen lassen. Bisher ist noch nicht einmal der ernsthafte Versuch gemacht worden, die Revisionsklausel des Artikels 106 des Grundgesetzes in der Praxis anzuwenden. Gelegenheit hierzu war mehr als einmal vorhanden. Es sei nur an die Auswirkungen des Karlsruher Urteils über die Verzinsung und Tilgung der Ausgleichsforderungen erinnert. Statt solche Gelegenheit zu nutzen, wurde im Verhandlungswege ein fauler Kompromiß mit den Ländern geschlossen, der im wesentlichen zulasten der Bundeskasse ging. Der Bundesfinanzminister hat es noch bei jeder Gelegenheit an der notwendigen Härte fehlen lassen. Mit keiner Seite wollte er es verderben. Bei jedem Widerstand zeigte er sich kompromissbereit.

Jetzt, nachdem ihm die Vorausbelastungen der künftigen Haushalte über den Kopf zu wachsen drohen, ruft er nach einer neuen Finanzverfassung. Oder ist das nur ein taktisches Manöver, um nach der Wahl Steuererhöhungen damit begründen zu können, daß die Verhandlungen über eine Neuaufteilung des Steuerkuchens gescheitert sind?

Sportler in der Politik?

Eine zeitgenössische Betrachtung

Von Horst Seefeld

Die Tatsache, dass sich einige bekannte Sportler entschlossen haben, für die Sozialdemokratische Partei bei bevorstehenden Wahlen zu kandidieren, scheint einigen Leuten nicht zu passen.

Da ist z.B. Herr L. Ströter, der in der letzten Ausgabe des "Sport-Magazin" vom 6. Februar 1961 auf Seite 2 einen Beitrag unter der Überschrift "Die Politik soll die Finger von den Spielern lassen" veröffentlicht. Seine Ausführungen sind so interessant, dass nachstehend aus-
zugsweise folgendes zitiert sein soll:

"... so kam man auf die Idee, Männer des Sports in den Bundestag zu wählen ... Bei der SPD liebäugelt man mit dem Fussballer des Jahres, Uwe Seeler, aber er wird vorerst nicht in den Bundestag einziehen können, weil er erst 24 Jahre alt ist ... Bei der SPD nennt man die Namen von Bubi Scholz und von Handballnationalspieler Forzner ... Jetzt erfährt man aus Essen, dass der Nationaltorhüter Fritz Herkenrath für die CDU um ein Bundestagsmandat kandidieren soll ... Ihnen wird es wohl beim Genuss dieser Lektüre so ergangen sein, wie mir - ich konnte mich nur fragen, ob das Tatsache oder ein Witz sei. Dass Fritz Herkenrath sich auf keinen Fall vor einen politischen Karren spannen lässt, wusste ich sofort, und von Uwe Seeler kann ich es gleichfalls nicht glauben, wenn er in einem Jahr das vorgeschriebene Alter eines Bundestagsabgeordneten erreicht hat. Herkenraths Reaktion war dann auch so, wie erwartet: "Wer verzapft denn so einen Blödsinn?" rief er ins Telefon, als ich ihm die Meldung vorgelesen hatte. "Wie und nimmer werde ich mich an eine Partei binden", fuhr der Rot-Weiss-Tormann fort, "und ich kann die Sportfreunde nur bedauern, die es tun".

Einige Zeilen vor Schluss kommt Herr L. Ströter dann zu folgenden Feststellungen. "Auch ein Sportler soll einen politischen Standort haben; er soll an den politischen Problemen seiner Stadt, seiner Gemeinde, seines Landes und seines Staates interessiert sein. Aber wir sind immer am besten damit gefahren, wenn wir Politik und Religion aus unserem Sport herausliessen, wenn wir aktive Sportler blieben und keine aktiven Politiker wurden. Die Politiker sagen zwar, schlechte Charaktere verdrängen die Politik, ich bleibe aber bei der uralten Version, dass die Politik den Charakter verdirbt. Wenn ich nicht nach dem letzten Krieg selbst versucht hätte, durch politische Arbeit am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuhelfen, würde ich es nicht wagen, diesen Satz auszusprechen. Jedenfalls bin ich heute noch froh, früh genug in die reinere Luft des Sportes zurückgefunden zu haben."

Herr L. Ströter befindet sich also wieder in der "reineren Luft des Sportes". Wenn ich nicht zugleich aktiver Sportler und auch ein politisch tätiger Mensch wäre, würde ich es nicht wagen, Herrn L. Ströter zu antworten.

Ich finde es außerordentlich erfreulich, daß sich junge Menschen, die aktiv am Sportgeschehen teilnehmen, bereit finden, sich neben ihrer sportlichen Tätigkeit auch um die Allgemeinheit zu kümmern. Es müßte sich

Das möchte ich aus den Bemerkungen Herrn Ströters folgern, eine große Zahl aktiver Sportler bereitfinden, die "reine Luft" des Sportes auch in die Politik zu tragen. Wir könnten dann sicher einer sauberen Zukunft entgegensehen. Daß die Luft im Sport rein ist, unterstelle ich und will gar nicht auf einige Verunreinigungswölkchen mit erhobenem Finger deuten.

Von den Sportlern, die namentlich bis jetzt als SPD-Kandidaten bekannt sind, fragte sich Herr Ströter, ob die Nominierung des Handballspielers Perzner "Tatsache oder ein Witz" sei. Sie ist Tatsache. Was der Herr Artikelschreiber im "Sport-Magazin" nicht weiß, ist die Tatsache, daß Herr Perzner sich nicht erst jetzt - vor der Bundestagswahl - mit Politik beschäftigt und auf keinen Fall von der SPD als Zugpferd benutzt wird, sondern seit geraumer Zeit als SPD-Abgeordneter im Gemeindeparlament seiner Heimatstadt Ansbach sitzt. Mit anderen Worten: Er hat einen politischen Standort, ist am Geschehen seiner Gemeinde interessiert, ist aktiver Sportler und Politiker und läßt trotzdem Politik und Religion aus dem Sport heraus. Herr Perzner wird sich auch von den Worten des Ex-Nationalvorstehers Fritz Herkenrath nicht beeindruckt lassen, der die Sportler bedauert, die sich an der politischen Arbeit beteiligen.

Für die SPD kandidiert auch der Olympia-Vierte im 400 m Hürden-Lauf, Helmut Jang. Er wurde in Gladbeck als Kandidat zu den im März stattfindenden Gemeinderatswahlen aufgestellt. Auch hier bleibt nur festzustellen, daß es erfreulich ist, wenn ein aktiver Sportler sich kommunalpolitisch betätigt. Für die Sportbewegung in Gladbeck dürfte das sicher kein Nachteil sein, einen der ihren als aktives Mitglied in den Körperschaften zu wissen, in denen u.a. auch über die Belange des Sportes Entscheidungen getroffen werden.

Im Übrigen ist es überhaupt nicht neu, daß bekannte Sportler auch politisch aktiv sind. Im "Sport-Magazin" vom gleichen 6. Februar dieses Jahres findet man - allerdings auf der letzten Seite - eine kurze Notiz, in der es u.a. heißt: Löffler, der Frankenthaler Stadtrat (früher Vertragsspieler des VfR Frankenthal und zuletzt Trainer des FV Speyer) bemängelte bei der Beratung über den städtischen Sportetat den schlechter Zustand der Umkleieräume und der Closettanlage des Stadions..."

Und ein weiteres Beispiel: Die Frankfurter "Abendpost" schreibt, ebenfalls am 6.2.61, daß einer der jüngsten Abgeordneten des britischen Unterhauses, nämlich der ehemalige Inhaber der Weltrekorde über 5000 m und eine Meile, Chris Chateway, zum parlamentarischen Privatsekretär des britischen Energieministers Richard Wood berufen worden sei.

Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen. Doch lassen wir das und stellen fest, daß es für alle Parteien wünschenswert wäre, einige junge Kräfte mehr aus dem Sportleben als aktive Mitarbeiter in ihren Reihen zu haben. Mit Herrn L. Ströter stimmen wir völlig überein, daß eine saubere Trennungslinie zwischen Sport und Politik zu ziehen ist. Hierbei gehen wir von der Voraussetzung aus, daß die eine Tätigkeit die andere nicht ausschließt, da ja in jedem Falle dem öffentlichen Wohl gedient werden soll; es sei denn, der Sportler oder der Politiker wolle nur sich selbst dienen, was in beiden Fällen zu verurteilen wäre.

Die Hungersnot in China

Von Erwin Erasmus Koch

Nach katastrophalen Missernten und den Fehlschlägen der Leistungen von 26 500 landwirtschaftlichen Volkskommunen hat die "China Resources Company" in Hongkong vom staatlichen kanadischen "Wheat Board" Weizen und Gerste im Wert von 60 Millionen Dollar, insgesamt weit über eine Million Tonnen, angekauft. Das "größte Weizengeschäft der Weltgeschichte" wurde Anfang Februar 1961 abgeschlossen.

Zuvor waren in einigen Küstenprovinzen der South China Sea Unruhen ausgebrochen, und es mag zutreffen, dass sich auch im Inneren Chinas Rebellionen ereignet haben. Durch den Bambus-Vorhang sickerten nur spärliche Nachrichten. Die Bevölkerung von Hunan, Kuangsi und Szechuan soll, wenn auch nicht gegen Mao Tse-tung, so doch gegen die verfehlte Agrarpolitik der Volksrepublik Tsching-hua Jen Min Kung-kwo demonstriert haben.

Zweifellos hatte die kommunistische Regierung den Bogen überspannt, als sie rund 500 Millionen Chinesen nicht nur in die landwirtschaftlichen Kollektive, sondern über die Dorfgemeinschaften in eine Art staatlicher "Haushaltungen" zwang. Das Experiment führte den Kommunismus, wie er "im Buche steht" durch. Was geschah, stützte sich auf ein historisches Beispiel, das allerdings im Westen fast ganz in Vergessenheit geraten ist. Mao Tse-tung stand mit der Einrichtung der Volkskommunen die Revolution der Taiping vor Augen.

Man sollte sich mehr mit ihr befassen, um vieles zu verstehen, was in China vor sich geht. Ein bettelarmer Bauer aus Hunan, Hung Hsü-chuan, sammelte in Kuangsi und dann in Hunan zuerst einige tausend dann Hunderttausende Anhänger um sich. Er legte am 27. August 1851 auf dem Versammlungsplatz des Marktfleckens Yunganchow ein gelbes, mit fünfklauigen Drachen besticktes Gewand an, die Tracht der Kaiser, und verkündete seinen Anhängern die Gründung einer neuen Dynastie des Namens Taiping Tienkuo, des "Himmelischen Königreichs des Grossen Friedens". Aus Hunderttausenden wurden Millionen und aber Millionen Revolutionäre. Das Heer der Taiping betrug wenige Jahre später allein dreissig Millionen Mann. Hung Hsü-chuan hatte die Bezeichnung Tien Teh angenommen, was "Himmelische Tugend" bedeutete. Ihm schwebte vor, dass "Ta Tung", die "Grosse Einheit" erreicht werden sollte, Konfuzius hatte sie in "Buch der Riten" prophezeit. In der Welt würde endlich nach furchtbaren Verzerrungen das "Grosse Tao" wirksam; in allem, was Konfutse aufzählte, ein

kommunistischer Welt-Staaten-Bund. Alle Arbeit würde gemeinsam verrichtet und alles Eigentum ebenso erworben und verwaltet. "Man sorgt für die Alten, Gebrechlichen, Witwen und Waisen, den Kinderlosen erweist man Güte und Mitleid."

Tien Teh, der Taiping-"Kaiser", eiferte dem Traumbild des Kun-fu-tse nach, und schon Dr. Sun Yat-sen, der erste Präsident der chinesischen Republik, und dann Mao Tse-tung wählten die Organisation des Rebellen "Himmliche Tugend" zum Vorbild. Tien Teh richtete je fünfundzwanzig Haushaltungen zur "untersten Einheit" ein; er fasste sie weiter mit jeweils zwölftausend Haushaltungen zu einer "chun", einer Armee, zusammen. Im übrigen wurde nach dem Ideal der "Grossen Einheit" verfahren; jeder erhielt Nahrung und Kleidung zugeteilt; die Bestellung der Felder oblag den Gemeinschaften, die Ernten wurden abgeliefert. Die Taiping brachen von Yunganchow zum "Langen Marsch" auf Peking an. Sie liessen jedoch von einem Sturm auf die Hauptstadt ab und wandten sich nach Süden. Tien Teh setzte für einige Zeit seinen Kommunismus durch. 1860 griffen die Westmächte ein, sie besetzten Peking und trieben die Taiping zu Paaren. Einige Zehntausend retteten sich nach Norden, sie führten einen zweiten "Langen Marsch" durch und kamen im Hochland, dicht vor Tibet, an. Ihre Guerilla-Taktik fand die Bewunderung Mao Tse-tungs. Wie sich einst die Taiping aus den Arsenalen der Mandschu bewaffneten, verfuhr auch er, nur mit dem Unterschied, dass er die Heere Tschiang Kai-scheks als seine "Transportbrigaden" für die Lieferung amerikanischer Flugzeuge, Kanonen und Schnellfeuergewehre auffasste, was die USA masslos verbitterte. Selbst der "Lange Marsch" der Reste der Kommunistischen Partei Chinas unter Führung Mao Tse-tungs hatte in den gleichartigen Unternehmen der Taiping das Vorbild.

Später schrieb Mao seine "Strategie des revolutionären Krieges". Von den Sinologen abgesehen, nahm der Westen bisher davon kaum Kenntnis. Man liess sie wie einst Hitlers "Mein Kampf" beiseite. Mao drückte darin nicht nur das unumstössliche Ziel "des grossen, gerechten Krieges" aus, das letzten, der geführt werden müsste. Er hält gleichfalls an der Anschauung der Transportbrigaden des Westens zum Nutzen der Weltrevolution der KPCH fest.

In dieser Sicht dürfte der "grösste Weizen-Kauf aller Zeiten" mehr als nur das Mittel zur Beseitigung einer Notlage. Die Transaktion dient gewiss einmal dem Ziel, in Ruhe jene 26 500 Volkskommunen zu festigen und weiter der Bildung strategischer Vorräte.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel